

Zur Mitteilung der „Berliner Zeitung“ vom 08.02.06, dass Wohnungsbaugesellschaften in Lichtenberg Hartz-IV-Empfängern gegebenenfalls einen „Mietrabatt“ gewähren sollen, erklären Hans-Jürgen Prillwitz und Peter Hammels vom WASG-Bezirksvorstand Lichtenberg-Hohenschönhausen:



WASG

Der für Lichtenberg in Aussicht gestellte „**Mietrabatt**“ für Empfänger von ALG II ist ein auf Druck betroffener Bürger und der WASG hin löblicher Ansatz, stellt allerdings keine wirkliche Lösung des Problems dar und dürfte **Deportationen** (Zwangs-umzüge) von Betroffenen aus ihrer Wohnung und dem sozialen Umfeld nicht ausschließen, wie die Aussage der GSW zeigt.

Die Absichtserklärung des CDU-Sozialstadtrats Nünthel ist daher wohl eher **reine Wahltaktik**.

Der Justitiar der WGLi, Achim Marko, konnte oder „*wollte die Schreiben offiziell nicht bestätigen*“, die bereits eifrig Klagen vorbereitende **HOWOGE** spricht nun **vage von der „Nutzung von Verhandlungsspielräumen“**.

Welche Sensibilität ist den Sprechern der DEGEWO zuzusprechen, wenn Sie meinen, ein Hartz-IV-Betroffener könne ja, um eine Räumung zu vermeiden, „**in Raten zahlen**“? Wovon denn bitte?

Wir erwarten vielmehr, dass mit der Durchsetzung der „sozialen Reformen“ weitergemacht wird – auf der Grundlage, dass **vage Verlautbarungen keine Rechtssicherheit bieten** (siehe BGH-Urteil vom 27.11.2005)

Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. Aus der aktuellen Erfahrung des von **L.PDS und SPD** entgegen der amtlichen Statistik erstellten Mietspiegels 2005 wird hinsichtlich der „**Einheit von Wort und Tat**“ wohl auch hier eine für alle Betroffenen annehmbare Lösung ausbleiben. Wir hoffen auf Herrn Nünthel, der möglicherweise durch seine direkte persönliche Nähe zum sozialen Kollaps den Zahn der Zeit erkannt hat und am 17.09.2006 daran gemessen wird, dass „**die Gesellschaft ihrer sozialen Verantwortung nachkommen muss**“.

Mit **Absichtserklärungen ohne rechtliche Verbindlichkeit** ist nach wie vor nach Gutsherrenart ein beliebiger entwürdigender Umgang mit den arbeitslosen Bürgern nicht ausgeschlossen und unter stets latent weiter schwebendem Kündigungsdruck bleibt der Willkür gegen die Mietbürger Tür und Tor geöffnet. „*Absprachen*“ und „*Erklärungen*“ sind zu wenig, eindeutige rechtliche Regelungen sind nötig – wenigstens in Lichtenberg.

Hans-Jürgen Prillwitz / Peter Hammels

WASG Bezirksvorstand Lichtenberg-Hohenschönhausen

Kontakt: siehe <http://www.wasg-lichtenberg.de/kontakt.htm>

WASG Bezirksverband Lichtenberg/Hohenschönhausen, Postfach 348, 10253 Berlin